

*Leseprobe*

*Richard Hilmer*

**Vorwahlumfragen 2005 – ein Debakel? Ist der Ausgang von Wahlen noch vorhersagbar?**

*Erschienen in: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.*

## 1. Vorwort

Als am 18. September Punkt 18.00 Uhr in ARD und ZDF die Prognosen zur Bundestagswahl 2005 veröffentlicht wurden, gab es beim Wahlgewinner, der Union, enttäuschte Gesichter, bei den Wahlverlierern knallten dagegen die Sektkorken. Diese, für Außenstehende paradox anmutenden Reaktionen gaben die unterschiedlichen Erwartungshaltungen in den beiden Volksparteien wieder. Bei der Union hatte man mit deutlichen Zugewinnen gegenüber der Bundestagswahl 2002 gerechnet, die ihr seinerzeit enttäuschende 38.5 Prozent der Wählerstimmen einbrachte. Zusammen mit dem Wunschpartner FDP hoffte man auf eine Mehrheit im Parlament. Die Sozialdemokraten dagegen hatten sich auf eine klare Niederlage eingerichtet.

Gespeist wurden diese Erwartungen bzw. Befürchtungen von den Vorwahlumfragen, von denen keine die Union unter 40 Prozent der Wählerstimmen auswies und von denen manche sogar noch in der Woche vor der Wahl eine, wenn auch knappe, rechnerische schwarz-gelbe Mehrheit verhiessen. Schnell war deshalb von einem "Versagen der Demoskopie" die Rede. Insbesondere die Unionsparteien fühlten sich ob der für sie durchweg günstigen Werte im Vorfeld der Wahl in die Irre geführt. Auf einer am Tag nach der Bundestagswahl abgehaltenen Pressekonferenz im Bundespresseamt wurden die anwesenden Demoskopen von den Vertretern der nationalen und internationalen Medien mit kritischen Fragen konfrontiert.<sup>1</sup> Auch in nachfolgenden Diskussionen wurde immer wieder die Angemessenheit der den Vorwählerhebungen zu Grunde liegenden Erhebungsinstrumente in Zweifel gestellt.

Da die kritisierten Abweichungen aber sowohl bei Zufallsstichproben als auch bei Quotenstichproben, und bei telefonischen ebenso wie bei mündlich-persönlichen Interviews auftraten, kommt die unterschiedliche Untersuchungsanlage der Institute als Erklärung für die hohen Werte der Union kaum in Betracht.<sup>2</sup> Hinzu kommt, dass die nach der Bundestagswahl 2005 bei Landtagswahlen durchgeführten Vorwählerhebungen die politische Stimmung, gemessen am Wahlergebnis, in der Regel wieder recht gut wiedergegeben haben. Die Suche nach den Gründen für die Abweichungen zwischen erhobener Wahlpräferenz und dem Ausgang der Wahl konzentrieren sich deshalb auf die Besonderheiten der Bundestagswahl 2005 und deren Auswirkungen auf das Wahlverhalten.

## 2. Die Stimmung in den Wochen vor der Wahl

Die vorgezogene Neuwahl stellte alle beteiligten Akteure vor Herausforderungen bislang unbekanntes Ausmaßes. Die Parteien mussten binnen kürzester Zeit Führungsfragen klären, Wahlkampfteams zusammenstellen und Wahlkampagnen entwerfen, partiell sogar neue Bündnisse schmieden. Dadurch gewann der Wahlkampf eine ganz eigentümliche Dynamik,

<sup>1</sup> Partiiell wurde sogar die Ehrlichkeit der Befragten in Frage gestellt und vermutet, viele würden in den Interviews nicht ihre wahre Parteipräferenz zu erkennen geben. Letzteres konnte mit Verweis auf die wiederum sehr präzisen 18-Uhr-Prognosen am Wahltag entkräftet werden, denn auch diese beruhen auf den Angaben der Befragten. Diese Präzision, auch darauf wurde hingewiesen, basiert auf einem grundlegend unterschiedlichen Untersuchungsdesign. Neben der weit höheren Fallzahl unterscheiden sich *Exit Polls* von Vorwählerhebungen in zwei wesentlichen Punkten: Erstens werden dort nur Wähler befragt – das Problem der Unterscheidung von Wählern und Nichtwählern entfällt also. Zweitens wird das tatsächliche Wahlverhalten erhoben und nicht, wie bei Vorwählerhebungen, die zum Zeitpunkt der Umfrage geäußerte Wahlabsicht. Aufgrund dieser grundlegenden Unterschiede können Vorwählerhebungen grundsätzlich nicht an die Präzision von Wahltagsbefragungen heranreichen

<sup>2</sup> Die Überschätzung der Unionsparteien trat sowohl in mündlich-persönlichen Quoteninterviews auf, die das Institut für Demoskopie Allensbach einsetzt, als auch in den als Random-Stichproben angelegten Telefoninterviews der übrigen Institute.

die sich auch in dem Willensbildungsprozess der Wahlberechtigten widerspiegelte: Das Elektorat reagierte mit starken Stimmungsschwankungen und spürbarer Verunsicherung.

### *2.1. Phase 1: Das Scheitern von Rot-Grün*

Als SPD-Chef Franz Müntefering am 22. Mai 2005 unmittelbar nach den 18-Uhr-Prognosen zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen eine vorgezogene Neuwahl des Bundestages ankündigte, kam dies für Zuschauer wie für Experten völlig überraschend. Ungeachtet der kämpferischen Botschaft – "Wir suchen die Entscheidung" – wurde dieser Schritt in der Bevölkerung weniger als ein Neuanfang, sondern eher als ein Scheitern und Abdanken von Rot-Grün angesehen. Die nachgeschobene Begründung, man wolle sich eine neue Mehrheit für die Agenda 2010 verschaffen, wurde weniger als Mut, sondern eher als "politischer Selbstmord" (Oskar Niedermayer in Politik&Kommunikation, Special 01, Juni 2005) interpretiert. Viele mit "ihrer" Partei zunehmend unzufriedene SPD-Wähler sahen dies ähnlich und orientierten sich neu. Anfang Juni 2005 erreichte die SPD mit 27 Prozent Wählerzuspruch einen neuen Tiefpunkt (vgl. ARD DeutschlandTrend, Juni 2005).

### *2.2. Phase 2: Der vorweggenommene Machtwechsel*

Profitieren konnten von dieser Entwicklung zu diesem Zeitpunkt vor allem CDU und CSU, deren Zustimmungsrate kurzfristig auf 48 Prozent stieg. Vereinzelt Gedankenspiele von einer absoluten Mehrheit wurden von der Parteiführung zwar klar zurückgewiesen, aber ein Machtwechsel mit Hilfe der FDP schien zu diesem Zeitpunkt vielen so gut wie sicher. Auch eine Mehrheit der Bevölkerung richtete sich zu diesem Zeitpunkt darauf ein: Anfang Juli 2005 gingen 64 Prozent der Wahlberechtigten davon aus, dass es für Union und FDP zu einer regierungsfähigen Mehrheit reichen würde, nur fünf Prozent setzten zu diesem Zeitpunkt noch auf Rot-Grün (vgl. ARD-DeutschlandTrend, Juli 2005). Angesichts der ausgeprägten Zurückhaltung, die sich die Regierung Schröder-Fischer vor der zur Auflösung des Parlaments notwendigen Vertrauensfrage auferlegte, regierte seit Juni/Juli 2005 quasi virtuell eine Merkel-Westerwelle Koalition. Die von Union und FDP getätigten Wahlaussagen hatten deshalb schon fast den Charakter vorweggenommener Regierungsprogramme,<sup>3</sup> die von den Wählern entsprechend ernst genommen wurden. In den Hintergrund traten dabei die in weiten Teilen der Bevölkerung erkennbaren Unsicherheiten, ja Vorbehalte gegenüber einer Bundeskanzlerin Merkel und einer schwarz-gelben Koalition mit ihrem erkennbaren Willen, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie im Gesundheitssektor einiges grundlegend zu ändern. Unterschätzt wurden sicherlich auch die Folgen des forcierten Zusammenschlusses von PDS und WASG, die vor allem als Problem der SPD betrachtet wurden. Die unmittelbaren Folgen dieser Verbindung hatte aber zunächst die Union zu tragen, da ein Großteil der enttäuschten SPD-Wähler, die vorübergehend bei ihr Zuflucht suchten, ab Mitte Juni 2005 zur neu formierten PDS weiter wanderten. Diese kletterte in der Folge in den Umfragen auf bis zu 12 Prozent, vor allem deshalb, weil sie mit Lafontaine auch im Westen Zulauf bekam. Auf die strukturellen Konsequenzen dieser Entwicklung auf die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag wurde zwar schon frühzeitig hingewiesen,<sup>4</sup> spätestens jedoch Anfang August, als der ARD-DeutschlandTrend erstmals eine Pattsituation zwischen schwarz-gelb und dem linken Lager auswies, war klar, dass eine schwarz-gelbe Mehrheit alles andere als selbstverständlich war.

<sup>3</sup> Zu diesem und anderen "(Miss)Erfolgsfaktoren im Unions-Wahlkampf 2005" vgl. auch Raschke/Tils (2007: 247f.).

<sup>4</sup> So in einem Interview des Autors mit dem Tagesspiegel vom 5. Juli 2005, veröffentlicht auf Seite 1 unter der Überschrift "Große Koalition wird wahrscheinlicher".